

Inhaltsverzeichnis

1. Einladung
2. Pressemitteilung
3. Kontakt
4. Aufruf zur Demo
5. Fakten zur Demo
6. Informationen zu den Rednerinnen und Rednern
7. Informationen und Statements zu unseren Themen

**Einladung zur Pressekonferenz:
Großdemo „Freiheit statt Angst“ am 11.09.2010**

Berlin, den 8. September 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir laden Sie herzlich zur Pressekonferenz der Datenschutz-Demonstration "Freiheit statt Angst" ein.

Zeit: Donnerstag, 9. September 2010 um 11.00 Uhr

Dauer: ca. 1 Stunde

Ort: Haus der Demokratie und Menschenrechte
Robert-Havemann-Saal
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Teilnehmende:

- padeluun, FoeBuD e.V., AK Vorrat, Demoanmelder
- Anne Roth, Journalistin und Bloggerin
- Meinhard Starostik, Rechtsanwalt Verfassungsbeschwerde gegen Vorratsdatenspeicherung und ELENA
- Thilo Weichert, Datenschutzbeauftragter Schleswig-Holstein
- Markus Beckedahl, netzpolitik.org

Pressemitteilung

Berlin, den 09.09.2010

Großdemonstration Freiheit statt Angst 2010

Wie schon in den beiden vergangenen Jahren ruft ein breites Bündnis von 127 Organisationen und Verbänden zur diesjährigen Großdemonstration „Freiheit statt Angst“ auf, um für Bürgerrechte, Datenschutz und ein freies Internet auf die Straße zu gehen. Die Demonstration „Freiheit statt Angst“ findet am Samstag, den 11.09.2010 statt. Die Auftaktveranstaltung ist um 13:00 Uhr am Potsdamer Platz.

Der Erfolg der Verfassungsbeschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung in Deutschland setzte ein deutliches Zeichen für die Freiheit. Ein Grund mehr, sich weiter gegen Datenschutzmissstände auszusprechen und für die informationelle Selbstbestimmung auf die Straße zu gehen. Die aktuellen Themen sind die Volkszählung 2011, die elektronische Gesundheitskarte, der elektronische Entgeltnachweis (ELENA), Biometrie und der elektronische Reisepass sowie das SWIFT-Abkommen zwischen der Europäischen Union und den USA.

Auf der Auftaktkundgebung zu der Datenschutz-Demonstration werden ab 13:00 Uhr sprechen: padeluum vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, die Netzaktivistin und Berliner Journalistin Anne Roth, der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske, Rena Tangens vom FoeBuD e.V. und Martin Grauduszus von der Freien Ärzteschaft. Die Abschlusskundgebung gegen 16:30 Uhr wird mit Reden von Dr. Patrick Breyer vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, der Bundesvorsitzenden der Humanistischen Union Prof. Dr. Rosemarie Will und Monty Cantsin von der Hedonistischen Internationalen und einem Schlusswort von padeluum die diesjährige Demonstration beendet.

Die Demonstrationsroute führt über die Leipziger Straße, Kurstraße, Bebelplatz, Unter den Linden, Behrentstraße und Ebertstraße zurück zum Potsdamer Platz.

Das Bündnis, Kontakt und Ansprechpartner

Die Demonstration "Freiheit statt Angst" wird von einem breiten Bündnis aus 127 Organisationen und Verbänden, darunter Bürger- und Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, Parteien und Organisationen aus dem Bereich der Neuen Medien sowie Musikerinnen und Musikern, Aktivistinnen und Aktivisten und Einzelpersonen getragen.

Pressekontakt während der Demonstration:

Pressezelt auf dem Potsdamer Platz hinter der Bühne im Backstagebereich. Für aktuelle Informationen, Fotos, Interviews etc. melden Sie sich bitte hier.

Tel: 030-577 091 512

Mobil: 0175-9849933

Als Koordinationsstelle dient unser Demo-Büro:

Demobüro "Freiheit statt Angst"
Hessische Straße 10
10115 Berlin

kontakt@vorratsdatenspeicherung.de

Tel.: 030 - 577 09 1510

twitter: twitter.com/akvorrat

Rena Tangens: 0521 - 17 52 54

padeluum: 0161 - 27 24 656

Ansprechpartner und – organisationen

Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung

Werner Hülsmann.: 0177 / 28 28 681, huelsmann@datenschutzverein.org

Rena Tangens: 0175 – 984 99 33, rena@foebud.org

Aufruf zur Großdemonstration “Freiheit statt Angst” 2010

Ein breites Bündnis ruft dazu auf, für Bürgerrechte, Datenschutz und ein freies Internet auf die Straße zu gehen. Die Demonstration “Freiheit statt Angst” findet am Samstag, den 11.09.2010 statt im Rahmen des internationalen Aktionstages “Freedom not Fear”.

In den letzten Monaten hat sich etwas getan. Der Erfolg der Massenverfassungsbeschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung in Deutschland setzte ein deutliches Zeichen für die Freiheit. Die nächste Klage zehntausender gegen ELENA wurde eingereicht. Das ist ein Anfang. Es bleibt noch sehr viel zu tun.

Daten kennen keine nationalen Grenzen. Deswegen muss vor allem international etwas geschehen. Die Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung muss nun auf europäischer Ebene gekippt werden, um eine Neuauflage oder Wiedereinführung hierzulande zu verhindern. Die Internetsperren konnten in Deutschland zwar vorerst verhindert werden. Doch stieß die EU-Kommissarin Cecilia Malmström die Debatte auf europäischer Ebene erneut an.

Vertrauliche Daten werden nicht nur im Namen der Bundesrepublik, sondern auch im Namen der Europäischen Union gesammelt. Im Aktionsplan zum sogenannten “Stockholmer Programm” ist der massive Ausbau europäischer Sicherheitsarchitekturen, die Aufrüstung an den Außengrenzen Europas und eine äußerst bedenkliche Zusammenführung von EU-Datenbanken vorgesehen. Damit wird nicht nur das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gefährdet. Auch die Menschenrechte von Migrantinnen und Migranten werden dadurch beschnitten. Diese zweifelhafte Sicherheitsdoktrin lehnen wir ab und setzen uns stattdessen für ein freies und lebenswertes Europa ein.

Bürgerrechte werden weiter abgebaut. Vor allem die zunehmende Vermischung der Kompetenzen von Polizei, Geheimdiensten und Militär sowie die Auslagerung hoheitlich staatlicher Gewalt an private Unternehmen bauen Rechte der Bürger ab.

Die Überwachung nimmt zu. Am Arbeitsplatz, in Bildungsinstitutionen und im Privaten werden wir zunehmend beobachtet. Auch staatliche Stellen registrieren, überwachen und kontrollieren uns bei immer mehr Gelegenheiten. Die informationelle Selbstbestimmung schrumpft von Tag zu Tag. Egal was wir tun, mit wem wir sprechen oder telefonieren, wo wir uns bewegen, mit wem wir befreundet sind, wofür wir uns interessieren – der “große Bruder” Staat und die “kleinen Brüder und Schwestern” aus der Wirtschaft wissen es immer genauer. Dieser Abbau der Privatsphäre gefährdet unsere demokratische Gesellschaft. Menschen, die sich ständig beobachtet und überwacht fühlen, können sich nicht unbefangen und mutig für ihre Rechte einsetzen. Weder in Deutschland noch weltweit.

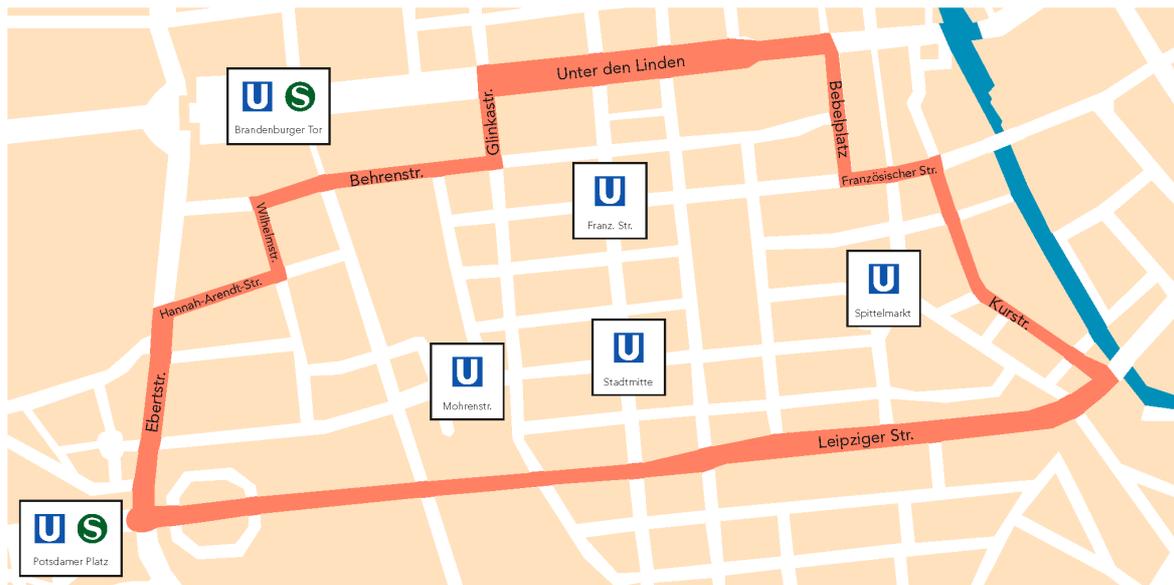
Wir wollen eine freie und offene Gesellschaft. Diese kann nur durch die Gewährleistung von Privatsphäre, vertraulicher Kommunikation und einem zensurfreien Zugang zu Informationen bestehen. Privatsphäre ist ein wichtiger Teil unserer menschlichen Würde – und zwar in allen Lebensbereichen. Deshalb rufen wir dazu auf, sich an der Großdemonstration am 11. September 2010 in Berlin zu beteiligen.

Gleichzeitig rufen wir weltweit alle Menschen dazu auf, sich am internationalen Aktionstag “Freedom not Fear” zu beteiligen.

Fakten zur Demo

Die Demonstration „Freiheit statt Angst“ findet am Samstag, den 11. September 2010 in Berlin statt. Start ist um 13 Uhr ab Potsdamer Platz. Die Route ist ein Rundkurs, die Abschlusskundgebung ist ebenfalls am Potsdamer Platz. Dort wird außerdem eine Reihe von Infoständen aufgebaut sein..

Erwartet werden zehntausend Demonstranten, die auf folgender Route unterwegs sein werden:



Informationen zu den Rednerinnen und Rednern

13. 00 Uhr: padeluun (Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, FoeBuD e.V.)

padeluun ist ein deutscher Künstler und Netzaktivist, der für digitale Bürgerrechte eintritt. Er gründete 1984 zusammen mit Rena Tangens das Kunstprojekt und die Galerie Art d'Ameublement. Er ist einer der Vorsitzenden des Datenschutzvereins FoeBuD e.V., Mitarbeiter im Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung und einer der Organisatoren sowie Jurymitglied der deutschen Big Brother Awards. Diese präsentiert er bei der seit dem Jahr 2000 jährlichen Preisverleihung in Bielefeld, wo er auch lebt und arbeitet. Er ist Anmelder und Moderator.

Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Padeluun>

13.10 Uhr: Anne Roth (Journalistin und Bloggerin)

Anne Roth ist Medienaktivistin, Journalistin und seit Juli 2007 vor allem bekannt als Partnerin von Andrej Holm, der morgens um 7 Uhr in der gemeinsamen Wohnung als Terrorist festgenommen wurde. Danach begann sie über das Innenleben einer Terrorismus-Ermittlung zu bloggen. Nach Juli 2007 fand die Bundesanwaltschaft nichts, was den Vorwurf erhärtet hätte und ermittelte noch bis zum 5. Juli 2010 weiter. Seit nicht mehr so spürbar ermittelt wurde, schreibt sie über Terrorismus- und Extremismus-Diskurse sowie über Polizeien im allgemeinen und besonderen.

Quelle: <http://annalist.noblogs.org/about/>

13.15 Uhr: Frank Bsirske (ver.di-Vorsitzender)

Frank Bsirske ist Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di und Mitglied der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Am 9. November 2000 wurde er Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), die unter seiner maßgeblichen Mitarbeit 2001 in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) aufging. Bsirske ist ein Vertreter aus dem traditionellen Gewerkschaftslager und seit dem 20. März 2001 Vorsitzender von ver.di. Mit dem Thema Arbeitnehmerdatenschutz unterstützt Bsirske die Großdemonstration Freiheit statt Angst.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Frank_Bsirske

13.20 Uhr: Rena Tangens (FoeBuD e.V.)

Rena Tangens ist eine deutsche Datenschutzaktivistin, Internet-Pionierin und Künstlerin mit Schwerpunkt auf medialer Kunst. Sie ist Mitbegründerin und Vorsitzende des Bielefelder FoeBuD e.V., Kuratorin der monatlichen Kultur- und Technologie-Veranstaltungsreihe Public Domain und Mitorganisatorin der deutschen BigBrotherAwards. Rena Tangens lebt und arbeitet in Bielefeld und ist Ehrenmitglied des Chaos Computer Clubs. Sie unterstützt die überwachungskritische Datenschutzdemonstration Freiheit statt Angst.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Rena_Tangens

13.25 Uhr: Martin Grauduszus (Freie Ärzteschaft)

Martin Grauduszus ist Facharzt für Allgemein- und Sportmedizin und seit Juni 2005 Präsident der Freien Ärzteschaft. Seit Juni 2009 ist er Mitglied im Vorstand der Ärztekammer Nordrhein und seit März 2010 Mitglied der Vertretersammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein.

Quelle: http://www.arztwiki.de/wiki/Martin_Grauduszus

ca. 16.30 Uhr: Patrick Breyer

(Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung)

Patrick Breyer ist Jurist und hat in großen Teilen die Verfassungsbeschwerde zur Vorratsdatenspeicherung vorbereitet und verfasst. Neben seinem deutschen Engagement arbeitet er vorwiegend auf europäischer Ebene gegen Datenspeicherung.

ca. 16.35 Uhr: Prof. Dr. Rosemarie Will (Bundesvorsitzende der Humanistischen Union)

Will ist Mitherausgeberin der politisch-wissenschaftlichen Monatszeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik“ und publiziert regelmäßig in der Zeitschrift „Neue Justiz“. Seit 1991 ist sie Mitglied der Humanistischen Union und wurde im Jahre 2005 zur Bundesvorsitzenden gewählt.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Rosemarie_Will

ca. 16.40 Uhr: Monty Cantsin (Hedonistische Internationale)

Die Hedonistische Internationale (auch Hedonist International) ist ein loses internationales Netzwerk aktionsorientierter linker Gruppen und Einzelpersonen. Es besteht seit 2006 und hat mehr als 30 Sektionen in Deutschland, Österreich, Italien, USA und der Schweiz. In den Aktionen des Netzwerkes wird Freude am Protest betont. Ihrem [Manifest](#) zufolge versteht sich die Hedonistische [Internationale](#) nicht als Organisation, sondern als Idee unter der Menschen auf der ganzen Welt unabhängig voneinander und dezentral unter dem Motto "Do what you want" in Aktion treten können. Die Hedonistische Internationale lehnt zentrale Organisationsstrukturen ab.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Hedonistische_Internationale

Informationen und Statements zu unseren Themen

Vorratsdatenspeicherung

Nach einem Gesetz vom 9. November 2007 war vom 1. Januar bis 2. März 2010 nachvollziehbar, wer mit wem in den letzten sechs Monaten per Telefon, Handy oder E-Mail in Verbindung gestanden oder das Internet genutzt hat. Bei Handy-Telefonaten und SMS wurde auch der jeweilige Standort des Benutzers festgehalten. Entgeltliche Anonymisierungsdienste waren verboten. Mit Urteil vom 2. März 2010 hat das Bundesverfassungsgericht das deutsche Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung aufgehoben. Alle Daten sind gelöscht worden. CDU und CSU wollen jedoch, dass so bald wie möglich ein neues Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung beschlossen wird.

Mit Hilfe der über die gesamte Bevölkerung gespeicherten Daten könnten wieder Bewegungsprofile erstellt, geschäftliche Kontakte rekonstruiert und Freundschaftsbeziehungen identifiziert werden. Auch Rückschlüsse auf den Inhalt der Kommunikation, auf persönliche Interessen und die Lebenssituation der Kommunizierenden werden wieder möglich. Zugriff auf die Daten haben Polizei, Staatsanwaltschaft und ausländische Behörden, die sich davon eine verbesserte Strafverfolgung versprechen.

Die vor kurzem erschienene Polizeiliche Kriminalstatistik zeigte jedoch, dass in den Jahren der Vorratsdatenspeicherung die Zahl der erfolgreichen Ermittlungen gegen Internetdelikte keineswegs gestiegen ist. Tatsächlich ist sie zurückgegangen. Die Überwachung von 80 Millionen Bundesbürgern ist aus unserer Sicht nicht verhältnismäßig und zeigt offenbar auch nicht den erhofften Nutzen in der Strafverfolgung. Daher sprechen wir uns für die Rettung der Grundrechte und gegen die Vorratsdatenspeicherung aus.

Für weitere Informationen: <http://vorratsdatenspeicherung.de>

Volkszählung

Mit den Stimmen der großen Koalition aus CDU/CSU und SPD legte der Deutsche Bundestag im Jahr 2009 mit dem Zensusgesetz 2011 eine Volkszählung fest, für die bereits umfangreiche Vorbereitungen und Datensammlungen laufen. Das Projekt wird den Haushalt mit mehreren hundert Millionen Euro belasten.

Die Volkszählung 2011 stützt sich anders als 1987 vor allem auf die Zusammenführung der Datensammlungen der Meldeämter und der Bundesagentur für Arbeit. Diese werden gespeichert und mit Hilfe von vereinheitlichten Ordnungsnummern verknüpft und mit Daten aus dem gleichzeitig neu erstellten Wohnungsregister zusammengeführt. Dazu müssen alle Eigentümer von Gebäuden und Wohnräumen detaillierte Angaben zu Eigentumsverhältnissen, Größe und Ausstattung der Wohnungen und zu den Mietern machen. Ebenso werden etwa 10 Prozent aller Bürger nochmals ausführlich persönlich befragt. Ein Widerspruch kann nicht eingelegt und die Auskunft darf nicht verweigert werden. Als „freiwillige Angabe“ wird ebenso die Religionszugehörigkeit abgefragt, obwohl dies ausdrücklich nicht in der entsprechenden europäischen Richtlinie vorgesehen war. Wir lehnen den Zensus als datenschutzrechtlich höchst problematisches Projekt ab.

Für weitere Informationen: <http://www.zensus11.de>

Elektronische Gesundheitskarte

Wegbereiter der "Gesundheitskarte" ist die vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie und vom Bundesministerium für Gesundheit in Auftrag gegebene Studie "Telematik im Gesundheitswesen - Perspektiven der Telemedizin in

Deutschland" (1998) der Roland Berger & Partner GmbH. Der Link zu dieser Studie führt leider mittlerweile ins Leere.

Die "Gesundheitskarte" sollte ursprünglich zum 1. Januar 2006 eingeführt werden. Technische und organisatorische Probleme führen allerdings bis heute zu erheblichen Verzögerungen. Vernetzung, Steigerung von (Kosten-) Effizienz und Versorgungsqualität, sind natürlich per se sinnvolle Ziele. Das "Leuchtturmprojekt Gesundheitskarte" jedoch hält viele der Versprechen nicht, die das "Akzeptanzmarketing" vollmundig anpreist. Die Kosten laufen aus dem Ruder. Die Handhabung im Alltag ist kompliziert. Der medizinische Nutzen ist fragwürdig. Die Freie Ärzteschaft lehnt die Einführung der umstrittenen Karte daher ab und warnt vor Missbrauch der höchst sensiblen Patientendaten.

Und im Kontext von Vorratsdatenspeicherung, Mautdatenauswertung, Bundestrojaner, und zunehmend drohender Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte, erhält das Projekt einen faden Beigeschmack. Wir sprechen daher auch von der "Vorratsdatenspeicherung im Gesundheitswesen", zu der die "Gesundheitskarte" den Schlüssel darstellt.

„Die Aktion ‚Stoppt die e- Card‘ beteiligt sich als bundesweite Bürgerinitiative aus 47 Organisationen und Verbänden an der Demonstration ‚Freiheit statt Angst‘ in Berlin. Wir protestieren gegen die Einführung der ‚Vorratsdatenspeicherung in der Medizin‘ genannt ‚elektronische Gesundheitskarte‘. Dieses industriegetriebene Mammutprojekt kostet Milliarden an Versicherungsgeldern, ist bisher in den Tests kläglich gescheitert und wird die medizinische Versorgung nicht verbessern. Krankheitsdaten gehören in das vertrauensvolle Arzt-Patientenverhältnis und in die Hand der Patienten. Sie werden in bundesweiten Datennetzwerken niemals zu schützen sein. Wir fordern, dass das e-Card-Projekt nach ‚Elena‘ endgültig auf Eis gelegt wird.“

Dr. Silke Lüder

Sprecherin der Aktion "Stoppt die e-Card"

Für weitere Informationen: <http://www.stoppt-die-e-card.de>

Elena (Elektronischer Entgeltnachweis)

Bei ELENA handelt es sich um ein Projekt der Bundesregierung, das früher auch als „Job-Card-System“ bezeichnet worden ist. Nach dem am 28. März 2009 im Bundesrat verabschiedeten dazugehörigen Gesetz muss ab dem 1. Januar 2010 jeder Arbeitgeber für jeden seiner Angestellten und Arbeiter einmal monatlich einen Datensatz übermitteln. Dort sollen die Daten für bis zu vier Jahre lang gespeichert werden.

In jedem Datensatz sind eine große Menge von persönlichen Angaben über den Angestellten enthalten. Mit Hilfe dieser Daten sollen dann ab dem 1. Januar 2012 die Arbeits- und Sozialämter schneller und einfacher entscheiden können, ob und in welcher Höhe jemand Anrecht auf Sozialleistungen hat oder auch nicht.

Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände sehen in ELENA eine Vorratsdatenspeicherung von Arbeitnehmerdaten bei denen Kosten, Nutzen und vor allem auch Missbrauchspotential in keinem Verhältnis zu einander stehen. In einem ersten Entwurf sollte sogar die Teilnahme an Streiks festgehalten werden. Nach massiven Protesten der Gewerkschaften wurde zumindest dies vorerst zurückgenommen. Doch ELENA ist und bleibt ein Datenschutzdesaster.

Für weitere Informationen: <http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/ELENA>

Zensur und Netzsperrern

Am 22. April 2009 beschloss das Bundeskabinett einen Gesetzesentwurf zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen - und löste damit eine im deutschsprachigen Internet bislang beispiellose Protestwelle aus. Eine öffentliche Petition gegen das geplante Gesetz fand über 130.000 Mitzeichner und wurde damit zur bislang erfolgreichsten ePetition; dessen und aller Einsprüche von Experten ungeachtet wurde der Entwurf am 18. Juni 2009 mit marginalen Änderungen im Bundestag abgenickt. In der Zwischenzeit wollen aber alle im Bundestag vertretenen Parteien das Gesetz loswerden.

Experten sehen die geplanten DNS-Sperren als ineffektiv aber auch gefährlich an. Denn hierdurch wird eine Infrastruktur zur Zensur des Internets geschaffen, die bei Bedarf auch auf andere Inhalte ausgeweitet werden kann. Die Musikindustrie aber auch viele andere Interessengruppen aus Politik und Wirtschaft haben bereits öffentlichkeitswirksam Interesse signalisiert. Dies stellt eine Gefahr für die Meinungsfreiheit und Demokratie dar, die wir nicht hinnehmen wollen.

Für weitere Informationen: <http://ak-zensur.de>

„Die Politik agiert kopflos, wenn es um Netzpolitik geht: Kaum hatte die ehemalige Familienministerin von der Leyen Netzsperrern durch den Bundestag gepeitscht, wurde das Gesetz schon wieder auf Eis gelegt. Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag wurde ähnlich schnell durchgesetzt - selbst Juristen können nicht sagen, wie das neue deutsche, kindersichere Internet denn genau aussehen soll. Kurzum: Wir stehen vor einem gesetzgeberischen Scherbenhaufen, der weder Kindern noch Eltern nutzt.“

Arbeitskreis gegen Internet-Sperren und Zensur (AK Zensur)

Biometrie und der Elektronische Reisepass

Biometrie ist die Vermessung des menschlichen Körpers, die in der letzten Zeit von elektronischen Datenverarbeitungssystemen, biometrische Systeme genannt, übernommen wird. Diese Messdaten, die ein vereinfachtes Modell des vermessenen Menschen darstellen, können wie andere Daten auch vom Computer gespeichert, komprimiert, übertragen und mit vorher gespeicherten biometrischen Daten verglichen werden. Neben den auch von Menschen erkennbaren Merkmalen wie dem Gesicht, der Stimme, dem Gang oder der Handschrift können speziell konzipierte Computer auch mit Messgeräten für dem menschlichen Auge verborgene Größen ausgestattet werden. Dazu gehören die Schweißbrillen auf den Fingerkuppen (Fingerabdrücke), die Struktur von Netzhaut und Iris oder die chemische Zusammensetzung des Atems.

Am 1. November 2005 wurde in Deutschland ein neuer Reisepass (ePass) eingeführt. Er enthält erstmals als biometrisches Datum das Bild des Passinhabers in elektronischer Form. Diese Information wird auf einem Funk-Mikrochip (RFID) gespeichert, der kontaktlos ausgelesen werden kann. Ab dem Jahr 2007 wird zusätzlich der elektronische Fingerabdruck aufgenommen. Nach einer Studie des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ist die neue Technologie weder praxistauglich noch ausgereift. Zudem eröffnet sie neue Formen der Überwachung.

Problematisch ist hierbei auch die Verwendung von RFID-Technologie. In der Vergangenheit gab es immer wieder Sicherheitslücken bei marktbeherrschenden Anbietern von RFID-Chips. Ein Personalausweis mit einer Gültigkeit von mehreren Jahren stellt in Kombination mit der Möglichkeit, diesen kontaktlos auszulesen, ein unkalkulierbares Sicherheitsrisiko dar.

Für weitere Informationen: <http://www.ccc.de>

SWIFT-Abkommen

Das SWIFT-Abkommen (vollständig: Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verarbeitung von Zahlungsverkehrsdaten und deren Übermittlung für die Zwecke des Programms der USA zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus) ist ein völkerrechtliches Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten, das den Zugriff US-amerikanischer Behörden auf die Daten der SWIFT (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication) regelt. Eine erste Fassung des Abkommens wurde am 30. November 2009 von den EU-Innenministern im Rat für Justiz und Inneres gebilligt, aber am 11. Februar 2010 mit 378 gegen 196 Stimmen vom Europa-Parlament abgelehnt. Daraufhin wurde eine zweite Fassung erarbeitet, die am 8. Juli 2010 durch das Europäische Parlament gebilligt wurde. Jedoch sehen Datenschützer auch diese zweite Fassung immer noch als unverhältnismäßig und datenschutzrechtlich mehr als bedenklich an. Betroffene haben kaum Möglichkeiten, die Nutzung und Weitergabe ihrer Daten zu kontrollieren. Das Datenschutzkonzept der USA zu SWIFT ist mehr als unzureichend und die Verwendung der Daten ist noch immer intransparent.

Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/SWIFT-Abkommen>

"Die Europa-Parlamentarier haben sich noch zu Beginn des Jahres als Verteidiger der Bürgerrechte feiern lassen, als sie die massenhafte Weitergabe von Bankdaten an US-Behörden stoppten. Dass wenige Monate später eine ganz große Koalition aus konservativen, Sozialisten und Liberalen den in der Substanz kaum verbesserten Deal dann doch akzeptiert hat, zeigt einmal mehr: Gerade europaweit und in Brüssel muss unsere Bewegung noch viel stärker werden."

Ralf Bendrath zu SWIFT